



## Pressemitteilung

### ARE begrüßt neue Ansätze zur Aufarbeitung von LPG- und Bodenreform-Unrecht

„ Mit positiven Erwartungen begrüßen die zahlreichen Betroffenen im Land Brandenburg und darüber hinaus die neuerlichen Ankündigungen des brandenburgischen Justizministers Markov,“ das sagte der ARE- Bundesvorsitzende am 09. September vor Wahlhelfern in Potsdam. Es erfülle die vielen Geschädigten mit Erleichterung, dass nun schließlich doch darauf hingewirkt werden soll, dass die Registergerichte sich mit intensiver Prüfung der nachweislich gescheiterten mindestens (30 ) LPG- Umwandlungen im Lande Brandenburg annehmen,„ meinte der ARE- Chef. Sachdienliche Unterstützung und ergänzende Informationen bei der Aufklärung aller bekannten Fälle der sogen. „ LPG – Scheinrechtsnachfolge “ könne der ARE - Zusammenschluss anbieten.

Zwar seien die in der „Kleinen Anfrage“ des CDU-Abgeordneten Dombrowski aufgeführten Punkte zu dieser Thematik keineswegs erschöpfend und erhellend beantwortet , auch unzutreffende Hinweise seien im Antwortpapier des Ministeriums der Justiz enthalten. „Es soll aber ausdrücklich anerkennend vermerkt werden, dass erstmals auch eine ausführlichere Darstellung dieses gravierenden Defizit - Bereichs der Landesregierung erfolgt ist. „Da haben wir endlich eine gute Ausgangsbasis für die Diskussion und konkrete Lösungsansätze. „Wir werden nach der Wahl mit Beharrlichkeit dran bleiben“ so Graf v. Schwerin.

Letztlich sei auch dies eine Konsequenz der Arbeit der Enquete- Kommission und deren einstimmig beschlossenen Handlungsempfehlungen, wofür man sowohl den Oppositionsparteien CDU, Grüne und FDP als auch den objektiv urteilenden Gutachtern in der Kommission gedankt habe.

Es sei aus ARE- Sicht besonders erfreulich, dass auch der befreundete große Zusammenschluss der politisch Verfolgten des SBZ/DDR-Regimes, die „Union der Opfer der kommunistischen Diktatur – UOKG“ sich voll hinter die verstärkt beginnende Aufarbeitung des seit über 20 Jahren weitgehend verdrängten wichtigen Problems stellt. Abertausende Bürger und Bauern, vor allem in den ländlichen Räumen Brandenburgs, würden ständig durch ungelöste Fragen bewegt , die gerechten Lösungen zugeführt werden müssten, auch damit den Rechtsstaat Bundesrepublik nicht noch weiterer Schaden und Ansehensverlust trifft.

are-prst-uln 09.09.2014